

2. Das Phänomen Geldwäsche

So lange Straftaten begangen wurden, die Tätern Gewinne eingebracht haben, ist davon auszugehen, dass auch versucht wurde, das nicht rechtmäßig erworbene Kapital als legitime Einnahmen zu tarnen, um es unbehelligt genießen zu können. Die Mythologisierung des Charakters Al Capone in vielen Aufsätzen, die sich der Geldwäsche widmen, kann auch u.a. nicht allein aus dem Grund verworfen werden, als dass es zu der Zeit noch keinen entsprechenden Straftatbestand im US-amerikanischen Recht gab.¹

Im Allgemeinen entwickeln sich Praktiken, bevor deren Kriminalisierung in den Gesetzbüchern stattfindet (Marschelke 2012, S. 77): Das heißt, Logik und Muster der Geldwäsche bestanden auch schon vor ihrer strafrechtlichen Sanktionierung, lediglich ihre Entwicklungsdynamik wurde nicht in gleichem Maße durch das Verhalten der Strafverfolgungsorgane und Aufsichtsbehörden beeinflusst.²

So ist Geldwäsche erst seit den späten 1980er Jahren eine Straftat. Die ersten Nationen, die den Tatbestand strafrechtlich definierten, waren 1986 die USA und das Vereinigte Königreich (UK), nachdem im Jahr 1982 das erste Mal im Rahmen eines US-Gerichtsprozesses der Begriff „money laundering“ verwendet wurde (Durrieu 2013, S. 14). Deutschland folgte dieser Entwicklung im Jahr 1992 mit dem „Gesetz zur Bekämpfung organisierter Kriminalität“ (Liebich-Frels 2011).

Außerhalb strafrechtlicher Verfolgung wurde Geldwäsche aber u.a. in den USA schon zuvor problematisiert und z.B. durch den „Bank Secrecy Act“ von 1970 zu

¹ Aus diesem Umstand spricht u.a. Durrieu (2013) der These, dass der Begriff „Geldwäsche“ auf Praktiken der Mafia in den 1920er Jahren zurückzuführen sei, die Stichhaltigkeit ab. Ob Al Capone tatsächlich der „Erfinder“ der Geldwäsche war, darf daher bezweifelt werden. Aber dass der wohl berühmteste „Gebrauchtmöbelhändler“ des 20. Jahrhunderts, der zeitweise die Chicagoer Drogen-, Prostituierten- und illegale Alkoholszene kontrollierte, durch das Vortäuschen legaler Geschäftstätigkeit den Strafverfolgungsbehörden zu entgehen versuchte, gilt als belegt. Letztendlich wurde er wegen Mord, Raub oder anderer Straftaten, sondern gänzlich unspektakulär der Steuerhinterziehung schuldig gesprochen und nur deshalb einer Strafe zugeführt.

² Zur Beeinflussung dieser Dynamik durch die entsprechenden Verfolgungsorgane siehe etwa Dyer 2013, S. 289: „Unfortunately its not only law enforcement that get their guidance from the FATF as many criminals operate in this very same way.“)

erfassen versucht (Reuter/Truman 2004, S. 1; Levi 2002; Bosworth-Davies 2006a, S. 352).³

In anderen Jurisdiktionen hingegen wird dem Tatbestand der Geldwäsche weniger Priorität eingeräumt, wie die Liste der „*High-risk and non-cooperative Jurisdictions*“ zeigt, die die Financial Action Task Force (FATF)⁴ regelmäßig veröffentlicht, und auf der sich derzeit – in unterschiedlich starker Gewichtung – der Iran, Nordkorea, Algerien, Ecuador, Indonesien und Myanmar finden.⁵

Was genau aber ist an Geldwäsche schädlich und wieso scheinen unterschiedliche Regierungen die Tat als unterschiedlich schwerwiegend oder bekämpfungswürdig zu erachten (Masciandaro 2005; Gnutzmann et al. 2010)?⁶

Die Tat der Geldwäsche an sich ist „opferlos“ und schadet niemandem unmittelbar. Die Schäden sind vielmehr indirekt. Geldwäsche erfordert, dass zuvor Geldbeträge oder Wertgegenstände illegal erworben wurden, wird also erst durch strafrechtlich relevante Vortaten möglich und nötig. Dies spiegelt auch die Tatsache wider, dass im Rahmen groß angelegter organisierter Kriminalität (OK)⁷ meist unterschiedliche Täter-Rollen funktional differenziert sind nach einerseits Straftaten, die Profit generieren (bspw. Drogenhandel, Prostitution) oder abschöpfen (z.B. Betrug, Diebstahl) und dabei meist direkt einer natürlichen oder juristischen Person schaden und ande-

³ Dieser schrieb Finanzinstituten die Dokumentation verdächtiger Vorfälle im Zusammenhang mit Geldwäsche sowie die Dokumentation von Cheque-Käufen in bar vor.

⁴ Die FATF wurde 1989 von führenden Industrieländern gegründet und ist inzwischen bei der OECD angesiedelt, agiert allerdings eigenständig. Sie setzt sich für globale Standards im Kampf gegen Geldwäsche ein, veröffentlicht Empfehlungen und Hinweise und betreibt ein teils umstrittenes Blacklisting, in dessen Rahmen Länder auf ihre Konformität mit den Empfehlungen überprüft werden (etwa Simmons 2000, S. 245). Kritik besteht u.a. wegen des Demokratie-Defizites der Organisation.

⁵ Stand: 28.07.2014, siehe <http://www.fatf-gafi.org/topics/high-riskandnon-cooperativejurisdictions/documents/public-statement-june-2014.html>.

⁶ Ersichtlich ist dies bspw. an der unterschiedlichen Durchsetzung der Empfehlungen der FATF, ersichtlich an der von derselben erstellten Liste nicht-kooperativer Staaten. Den Gründen für solch unterschiedliche Wahrnehmung der Schädlichkeit von Geldwäsche durch unterschiedliche Länder gehen etwa Masciandaro 2005 sowie Gnutzmann et al. 2010 nach.

⁷ Das BKA definiert OK wie folgt: „Organisierte Kriminalität ist die vom Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen, b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder c) unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.“, siehe

http://www.bka.de/DE/ThemenABisZ/Deliktsbereiche/OrganisierteKriminalitaet/ok__node.html?__nnn=tue

rerseits der Tat, die diesem Gewinn den Anschein der Legitimität verleiht⁸ und so effizienter und vielseitiger nutzbar macht, nämlich: Geldwäsche. Es gibt also gerade im Bereich der OK eine Arbeitsteilung zwischen professionellem Geldwäscher und Kriminellen (McCarthy et al. 2014; Turner 2011, S. 4 f.).

Da mit Geldwäsche nicht nur die Interessen (organisierter) Krimineller zusammenhängen, sondern auch diverse Dienstleister und Geschäftsbranchen von entsprechenden rechtlichen Regelungen betroffen sind, werden Anti-Geldwäsche-Maßnahmen mitunter kontrovers diskutiert. Die Kernpunkte dieser Debatte konzentrieren sich auf schädliche Aspekte der Geldwäsche einerseits und diejenigen ihrer Verfolgung andererseits. Was spricht also dafür, Geldwäsche zu verhindern? Was dagegen? Dem widmet sich das folgende Kapitel, nachdem zunächst Definitionen des Begriffs Geldwäsche vorgestellt und damit assoziierte Handlungsmodelle beschrieben werden.

2.1 Modelle, Akteure und Strukturen

2.1.1 *Definition von Geldwäsche*

In Abhängigkeit von der wissenschaftlichen Disziplin variiert der Blick auf Geldwäsche und daher auch entsprechende Definitionen. Je nachdem, ob sie bspw. aus dem Bereich der Ökonomie, den Rechts- oder den Politikwissenschaften stammen, betonen sie unterschiedliche Aspekte als die charakteristischen der Geldwäsche (Durrieu 2013, S. 14; Levi 2009, S. 533 f.). So betonen einige Definitionen den Aspekt der Verschleierung *vergänger* Taten, andere aber rücken das *zukünftige* Ziel der legitim scheinenden Nutzung in den Mittelpunkt und wieder andere setzen die Tat mit dem Prozess des „Einschleusens“ entsprechender Gelder gleich. Diese Schwerpunktsetzungen betonen in unterschiedlicher Stärke die verschiedenen an der Geldwäsche beteiligten Akteure und Phasen (s.u.).

Auch in unterschiedlichen Jurisdiktionen weisen die Gesetzestexte verschiedene Definitionen von Geldwäsche auf.⁹ Da Gesetze aber nicht unbedingt versuchen,

⁸ Hierbei werden dann „*anderweitig legitime*“ Unternehmen, Verhaltensweisen etc. genutzt, was Turner (2011: 7) „*renting credibility*“ nennt.

⁹ Siehe etwa die länderspezifischen Regelungen, die die European Banking Federation (2004) zusammengetragen hat; Unterschiede bestehen etwa bzgl. der Vortaten von Geldwäsche, der Melde-Praxis bei Verdachtsfällen, und der Verpflichteten in den Antigeldwäsche-Gesetzen. Während in Deutschland bspw. Edelmetall- und Edelsteinhändler nicht zu den Verpflichteten des GWG zählen, wird diese Branche in den USA, und Frankreich in den entsprechenden Gesetzen bedacht. Unterschiede gibt es

Handlungsmöglichkeiten möglichst umfassend zu beschreiben und nachvollziehbar zu machen, sondern im Gegenteil meist auf distinkte Definitionen mit klarer Eingrenzung abzielen, die den Tatbestand beschreiben und sich dabei auf den Zeitraum *nach* der Anzeige oder Anklage richten, sollten Maßnahmen, die die Entdeckung und Verfolgung von Geldwäscheaktivitäten anstreben, zusätzliche bzw. umfassendere Definitionen von Geldwäsche berücksichtigen, die unterschiedliche Perspektiven miteinzubeziehen vermögen.

Ersichtlich ist, dass aus dem anfänglich nur mit Drogenhandel verknüpften Straftatbestand der Geldwäsche (Unger 2007, S. 7) ein allgemeinerer Begriff geworden ist, der sich nicht mehr auf bestimmte Vortaten bezieht, sondern die Handlungslogik, -motivation und -ziele der Akteure als definitorische Merkmale heranzieht. Auch der deutsche Vortaten-Katalog des §261 StGB wurde stetig erweitert (BKA 2002, S. 9) und umfasst mittlerweile alle Verbrechen (im Mindestmaß mit Freiheitsstrafe von einem Jahr oder mehr) sowie eine Bandbreite von Vergehen, die als Vortaten zur Geldwäsche gelten.¹⁰

Die FATF versteht unter Geldwäsche „*the processing of [...]criminal proceeds to disguise their illegal origin*“.¹¹ Hiervon leitet auch das BKA, welches Deutschlands zuständige Zentralstelle für entsprechende Verdachtsmeldungen ist, seine Definition ab.

Allerdings bleibt es den unterschiedlichen Jurisdiktionen, die sich den Empfehlungen der FATF verpflichtet haben, noch weitgehend selbst überlassen, ob sie den „*all crimes approach*“, wie er etwa in Großbritannien praktiziert wird, übernehmen, und Geldwäsche vollkommen unabhängig von der Art der Vortat als Straftat definieren, oder ob sie spezifische Vortaten dafür voraussetzen.¹²

auch bzgl. der Vortaten, so etwa stellt illegale Abholzung in Australien keine Geldwäsche-relevante Vortat dar, in Indonesien aber sehr wohl (Walters et al 2011, S. 63). Diese nationalen Eigenheiten und Unterschiede in der Definition von Geldwäsche und Anti-Geldwäschemassnahmen führen mitunter zu Problemen bei der internationalen Kooperation der Strafverfolgung, was wiederum von Geldwäschern ausgenutzt wird (Egmont Group 2000, S. 101).

¹⁰ Dies hat in Deutschland zu der paradoxen Situation geführt, dass die Tat der Geldwäsche teilweise mit höherem Strafmaß belegt ist als manche ihrer Vortaten, siehe hierzu auch Kilchling 2013, S. 11.

¹¹ FATF, money laundering FAQ, What is money laundering? Siehe <http://www.fatf-gafi.org/pages/faq/moneylaundering>.

¹² Diese weitgehend offen gehaltenen Vorgaben zur Umsetzungspraxis kritisiert bspw. Unger (2007), da sie die internationale Kooperation gegen Geldwäsche erschweren.

In einer Typologie von Wirtschaftskriminalität ordnet Gottschalk (2010) Geldwäsche der Delikt-Kategorie „*manipulation*“ (eng.) zu und grenzt diese somit von den Kategorien Korruption, Betrug und Diebstahl ab (Gottschalk, S. 443). Hierbei erfolgt die Einordnung zu den unterschiedlichen Kategorien also anhand der Art des Bezugs der Tat zu den jeweils im Mittelpunkt stehenden Geldern, wobei Geldwäsche bereits inkriminierte Gelder manipuliert bzw. derart modifiziert, dass sie nicht mehr als solche zu erkennen sind, während bei der Korruption die Annahme von Geldern/einer Bezahlung das strafbare Verhalten darstellt, der Betrug legale Gelder anderer durch Täuschung erbeutet und Diebstahl auf die unrechtmäßige Aneignung fremden Eigentums abzielt. Während die letzteren drei Straftaten also wesentlich durch das Verhalten der Akteure bestimmt sind, beruht Geldwäsche auf den qualitativen Eigenschaften des Geldes selbst.

Zentrale Merkmale von Geldwäsche beziehen sich nach dem bisher Dargestellten also auf die Herkunft und den Modus des Erlangens der betreffenden Gelder, sowie auf die Art des Umgangs mit diesen Geldern durch eine Person, die nicht notwendiger Weise in das Erlangen der Gelder an sich involviert war. Ebenso beziehen sie sich auf die Ziele und Absichten, die diesem Umgang zugrunde liegen.

Im Folgenden soll daher unter Geldwäsche eine Tat verstanden werden, die sich darauf bezieht, illegal durch einen selbst oder andere erworbene Gelder so zu manipulieren, dass ihre gesetzeswidrige Herkunft nicht mehr verfolgt werden kann und als legitim erscheint,¹³ mit dem Ziel, das Geld unbehelligt im legalen Finanzkreislauf einzubringen, um (mitunter durch Investitionen zusätzlichen) persönlichen Gewinn daraus ziehen oder genießen zu können, ohne strafrechtliche Konsequenzen für die Vortat tragen zu müssen (Durrieu 2013, S. 20).

2.1.2 Modelle der Geldwäsche

Geldwäsche wird zumeist als besonders „undurchsichtige“, „mysteriöse“ bzw. schwer erfassbare Form der Kriminalität beschrieben.¹⁴ Die Gründe hierfür sind darin zu sehen, dass die Tat der Geldwäsche, wie oben dargestellt, wesentlich vom erfolgreichen Verschleiern und Verheimlichen der wahren Herkunft von Geldern

¹³ Bis hierher folgen auch die meisten öffentlichen wie wissenschaftlichen Definitionen, siehe etwa Unger 2007, S. 15; FATF money laundering faqs; Gallant 2005, S. 11; Die Britische „Joint Money Laundering Steering Group“ 2011: <http://www.jmlsg.org.uk/industry-guidance/article/guidance: S.>; der IMF gemeinsam mit UNODC (2005, S. 34))

¹⁴ Etwa in Schneider et al. 2006, S. 31; Unger 2007, S. 29; Johnson/Lim 2002, S. 7; auch auf der Homepage der FATF <http://www.fatf-gafi.org/pages/faq/moneylaundering/>.

abhängt, d.h., besonders erfolgreiche Formen sind solche, die den Strafverfolgungs- bzw. Aufsichtsbehörden gar nicht erst bekannt werden. Gerade im ansonsten legalen Charakter der für Geldwäsche genutzten Techniken liegt ja darüber hinaus auch ihre Zweckmäßigkeit für die Geldwäsche.

Vorstellungen, wie Geldwäsche ablaufen kann, werden deshalb meistens anhand von Fallstudien aufgedeckter Fälle (z.B. Durrieu 2013; Williams 1997; Egmont Group 2000) oder aber durch Einschätzungen und Gedankenspiele von Experten/Fahndern (z.B. Bartlett 2002; Walker 1995) entwickelt. Aus solchen Analysen können allgemeine Handlungsmodelle bzw. wiederkehrende Muster und Logiken der Geldwäsche abgeleitet werden, die zu einem besseren Verständnis des Phänomens und damit zu realitätsnahen rechts-politischen Reaktionen führen können. Diese typischen Muster sollen nun skizziert werden.

Schneider et al. (2006) unterscheiden grob zwischen chronologisch orientierten Phasen- und Kreislaufmodellen. Während erstere die einzelnen Phasen linear wie eine Stufenfolge darstellen, an deren Ende die Integration der Gelder in den legalen Wirtschaftskreislauf steht, veranschaulichen Kreislaufmodelle durch ihre Spiralform solche Fälle, in denen es nicht um das einmalige Waschen inkriminierter Gelder geht, sondern darum, ein strukturiertes System am Leben zu halten, in welchem Geldströme immer wieder die Grenzen zwischen legalen und illegalem Markt kreuzen: Kriminalität erzeugt inkriminiertes Geld, wird gewaschen und erzeugt teilweise erneut Kriminalität.

Während Bernasconi (1988) eine Phase der Geldwäsche ersten Grades, in der die inkriminierten Gelder erstmals in den legalen Wirtschaftskreislauf eingeführt werden (bspw. Einzahlung auf Konten) von einer darauf folgenden Phase der Geldwäsche zweiten Grades unterscheidet, in der die Gelder vielfach hin- und her transferiert und so nicht mehr ohne weiteres zuordenbar gemacht werden, gründet die FATF ihre Empfehlungen auf ein dreistufiges Modell.

Dieses stellt einen der häufigsten Referenzpunkte dar, um zu illustrieren, wie Geldwäsche betrieben wird, und geht auf die Arbeit des *U.S. Customs Service*¹⁵ zurück

¹⁵ Ehemalige Zollbehörde der USA, seit 2003 als „*Bureau of Customs and Border Protection and Immigration and Customs Enforcement*“ Teil des „*Department of Homeland Security*“ und dort zuständig für Zolleinnahmen, Schutz vor Schmuggel und illegalen Waren sowie Grenzkontrollen (<http://www.cbp.gov/about/history>).

(Schneider et al. 2006, S. 32 ff.). Es gliedert den Prozess der Geldwäsche in die aufeinander folgenden Phasen *placement*, *layering* und *integration*.

Die folgende Beschreibung der Phasen und die genannten Beispiele dienen lediglich dem Verständnis der zugrundeliegenden Handlungslogik und hat nicht die Nennung aller denkbaren Möglichkeiten zum Ziel.

Dabei entspricht das *placement* (Platzierung) der von Bernasconi identifizierten Geldwäsche erster Ordnung: Die inkriminierten Gelder werden erstmals in den legalen Finanzkreislauf platziert, wodurch zumeist Bargeld in Buchgeld oder virtuelle Währungen transformiert wird.

Diese für den Kriminellen hochriskante Phase (Schneider et al. 2006, S. 33) könnte durch das Internet und seine Zahlungsmöglichkeiten u.U. gänzlich vermieden werden, bspw. indem über Online-Glücksspiel, -poker oder aber auch kommerzielle Rollenspiele Zahlungen für illegale Güter wie etwa Drogen direkt online und somit bargeldlos vorgenommen werden (bspw. durch absichtliches Verlieren eines bestimmten Betrages an einen Spieler, oder wenn möglich durch Transferierung von Spielerguthaben (Fiedler 2013, S. 4, figure 2).

Bekannte Techniken des *Placement* umfassen u.a. das sogenannte *Smurfing* sowie das *Structuring*. Im Zuge des ersteren werden meist kleinere Teilbeträge von unterschiedlichen Personen (den „*Smurfs*“) auf verschiedene Konten eingezahlt. Zuvor wird das Geld meist auch physisch bewegt, bspw. vom Land der Straftat in ein Land mit keiner oder geringer Verfolgung von Geldwäsche-Aktivitäten („Offshore-Zentren“). Solche Transfers können auch im Zuge der weiteren Phasen angewendet werden und finden in Form von Bargeld, dem Kauf und Verkauf teurer Güter, Überweisungen oder auch der Nutzung alternativer Überweisungssysteme (mittels sogenannter „Untergrundbanken“ wie dem Hawala-System) statt (Schneider et al. 2006, S. 46 ff).

Structuring meint das Aufsplitten der Beträge in kleinere, unauffälligere Teilbeträge, die unter den Grenzen für bestimmte Identifizierungsmaßnahmen liegen und diese so umgehen. *Structuring* kann sowohl vor als auch nach dem *Smurfing* geschehen.

Eine weitere Strategie in der *Placement*-Phase stützt sich auf sogenannte *Shell Companies* (Schein- oder Strohfirmen), in deren (teils vollkommen fiktiven) Einnahmen die inkriminierten Gelder eingespeist, als legitimes Geschäftseinkommen verbucht

und dann eingezahlt, also erstmals im Wirtschaftskreislauf platziert werden.¹⁶ Dies geschieht meist in bargeld-intensiven Bereichen mit geringem Grad an Kontrollmaßnahmen, wie bspw. in der Gastronomie, in Boutiquen, Casinos, Taxigeschäften oder dem Gebrauchtwagenhandel. Weitere Techniken des *Placement* beinhalten das Eingehen und Aufkündigen von Geschäftsbeziehungen wie Versicherungen oder Spielerkonten, mit anschließender Auszahlung unter Inkaufnahme von Abschlägen (Schneider et al. 2006, S. 52). Zu beachten bei derartigen Techniken ist, dass hier beide Seiten – sowohl Ein- als auch Auszahler – wissend an der Geldwäsche teilnehmen können, bspw., wenn den entsprechenden Bank- oder Versicherungsangestellten ein Bestechungsgeld gezahlt, anderweitig Druck ausgeübt wird oder dieser sogar aktiv in die gewachsenen Geldwäschestrukturen integriert ist und bspw. der angebliche Inhaber des Offshore-Scheinunternehmens ist. Rolle und Grad der Täterschaft aller beteiligten Akteure variieren also je nach angewendeter Vorgehensweise.

In der zweiten, der sogenannten *Layering*- oder Verschleierungs-Phase versuchen Geldwäscher, die Spuren zur illegalen Herkunft des Geldes weiter zu verwischen. Zahlreiche Transaktionen werden getätigt, sodass mit jeder neuen eine weitere „Schicht“ (*Layer*) hinzugefügt wird, die das Geld gleichsam von seiner illegalen Herkunft isolieren soll. Hierzu eignen sich aus Sicht der Geldwäscher vor allem Transaktionen innerhalb, zu und zwischen sogenannten Offshore-Finanzzentren, in denen wenn überhaupt nur geringfügige Kontrollen durchgeführt werden und Anonymität der Konten gewährleistet ist. Um zusätzliche „Schichten“ zu erzeugen, wird oft nicht nur der Ort, sondern auch die Form der Vermögenswerte gewechselt, bspw. kann der Wertpapiersektor zur weiteren Verschleierung genutzt werden, etwa durch die Transaktion von Wertpapieren oder das Gründen einer eigenen (fiktiven) Aktiengesellschaft.¹⁷

Auf das *Layering* folgt schließlich die Integrationsphase, in der die Gelder endgültig durch etwaige Nutzung bzw. Investition in den legalen Wirtschaftskreislauf integriert werden. Hier werden denn auch längerfristige Anlagen getätigt, die zu Beginn

¹⁶ Scheingesellschaften bestehen im Gegensatz zu den Front- oder Stroh-Firmen lediglich auf dem Papier, und zwar meist in Jurisdiktionen mit geringfügigen Kontrollen, niedrigen Steuern und geringen bürokratischen Anforderungen an Firmengründungen.

¹⁷ Da hier meist nicht mit Bargeld eingezahlt werden kann, bietet sich der Wertpapierbereich weniger gut für die Phase der ersten Platzierung an, allerdings nur, insofern dies greift und sich die professionellen Wertpapiermakler weder bestechen noch einschüchtern lassen, was nicht immer der Fall ist, vgl. bspw. FATF 2002, S. 23.

des Geldwäscheprozesses meist noch gemieden werden (Suendorf 2011, S. 146). Die Integration kann mittels Direktinvestition in Immobilien oder andere Anlageformen bspw. in Unternehmen stattfinden oder als Investition in Sachwerte und Luxusgüter. Während die vorherigen Phasen oftmals in kleineren und möglichst vielen unterschiedlichen Ländern stattfinden, die von der Duldung der Geldwäschepraktiken profitieren, werden die Aktivitäten im Zuge der Integration zumeist in den großen Industrienationen bzw. im Land des Wohnsitzes der Vortaten-Straftäter getätigt. Bei ersteren sind die Gewinnaussichten am höchsten und Stabilität und Sicherheit der Anlage eher gewährleistet. Außerdem kann auch auf die Technik des sog. „back-to-back-loan“ zurückgegriffen werden, bei dem Gelder zunächst bei einem ausländischen Finanzinstitut investiert/angelegt und dann vom Kapitalnehmer (dem Finanzinstitut) als Kredit im Land der Integration wieder ausgezahlt werden. Diese Methode birgt im Vergleich zu einer schlichten Rückzahlung den Vorteil, dass die anfallenden Zinsen steuerlich geltend gemacht werden können (Schneider et al. 2006, S. 57; FATF 2005, S. 82; Ackermann, 1992, S. 45).

Die oben beschriebenen Phasen sind nicht zwingend in jedem Geldwäschevorgang enthalten und können sich zeitlich überschneiden bzw. sind nicht immer klar voneinander zu trennen (Suendorf 2001, S. 145; Turner 2011). Vor allem die Integration in den legalen Markt kann oftmals lediglich eine weitere Form des *Layering* darstellen, bspw. indem Gelder in unterschiedliche, legitime Unternehmen investiert werden, sodass das Ende des Geldwäscheprozesses nicht wirklich definierbar ist.¹⁸

Mit Betonung auf der Modellhaftigkeit der geschilderten Phasen sollte außerdem auch beachtet werden, dass konkrete Mechanismen (wie etwa der oben beschriebene back-to-back-loan oder andere anderweitig normale Finanzprodukte, Zahlungsweisen etc.) nur so lange zur Geldwäsche genutzt werden, wie es das Wechselspiel zwischen Kriminalität und Strafverfolgung erlaubt. Mit sich ändernden Rahmenbedingungen ist keinesfalls davon auszugehen, dass auf Geldwäsche verzichtet wird, sondern dass vielmehr nach alternativen Mitteln und Wegen gesucht wird, das Geld unbehelligt in den legalen Finanzkreislauf zu integrieren.¹⁹

¹⁸ Turner bezeichnet daher abweichend von der sonst üblichen Verwendung des Begriffes das inkriminierte Geld erst dann als „integriert“, wenn es in die Ausgaben des Kriminellen bzw. den letzten Verwendungszweck integriert ist.

¹⁹ Beispielhaft für diese Wechselwirkung zwischen Geldwäsche und AML sei hier die Entwicklung von „routine currency transaction reports“ hin zu „suspicious transactions reports“ erwähnt, siehe etwa Bosworth-Davies 2006a, S. 353. Letztere wurden notwendig, da Geldwäscher schnell herausfanden, bis zu welchem Limit Geldbeträge unhinterfragt eingezahlt werden konnten.

Abgeleitet aus diesen Vorstellungen über die Abläufe von Geldwäscheaktivitäten identifiziert die FATF in ihrem „Bericht über Geldwäsche-Typologien“ von 2002/3 als für Geldwäsche anfällige Bereiche des Finanzsektors den Wertpapierhandel, den Gold- und Diamantenmarkt, sowie Versicherungen, Kredit- und Debitkarten. Im Nichtfinanzsektor stehen in Publikationen der FATF u.a. Immobilienhändler sowie Glücksspiele im Verdacht, zur Geldwäsche genutzt zu werden (FATF 2007, 2009). Das deutsche Geldwäschegesetz nennt außerdem Treuhänder (§ 2, Abs. 1, Nr. 9), bestimmte Rechtsdienstleister (§ 2, Abs. 1, Nr. 7), bestimmte Güterhändler im Bereich hoher Investitionen (§ 2, Abs. 1, Nr. 12), sowie explizit Spielbanken (§ 2, Abs. 1, Nr. 11)²⁰ als Verpflichtete. Prinzipiell sind all jene Bereiche als anfällig für die Phase der Platzierung zu betrachten, in denen der Grad der Anonymität der Konteninhaber/Einzahler sehr hoch, der Grad der Kontrollmechanismen niedrig, sowie im „normalen“/legalen Geschäftsbetrieb hohes Bargeldaufkommen und zahlreiche Transaktionen gängig sind.

Dies liegt u.a. daran, dass in den unterschiedlichen Phasen des Geldwäscheprozesses unterschiedliche Ziele mit den jeweiligen Handlungen verbunden sind. Stehen in Phase eins und zwei noch die Verschleierungsabsichten im Zentrum, richtet sich das Handeln in der dritten Phase nach der finanziellen Gewinnorientierung der Täter. Dies gilt es, bei der Modellierung des Kosten-Nutzen-Kalküls von Geldwäschern und Kriminellen zu berücksichtigen (Durrieu 2013, S. 52 f.; siehe auch S. 17).

Welche der Modelle und Techniken am häufigsten oder effizientesten von Geldwäschern genutzt werden, kann auf Basis der bisherigen Forschung nicht genau beantwortet werden. Wichtig bei der Suche nach realitätsnahen Reaktionen ist daher vor allem, nicht nur die einzelnen Phasen, sondern die ihnen zugrundeliegende Logik nachzuvollziehen. Hierbei gilt es, die wesentlich ökonomisch-rationalen Ziele und Handlungslogiken, die der Geldwäsche zugrunde liegen, zu berücksichtigen, sodass der Akt der Geldwäsche zu einer „*business function*“ (Turner 2011, S. 4) wird, deren Besonderheiten nicht an einzelnen Aktivitäten als solches zu erkennen sind, sondern nur unter Hinzuziehung weiterer Informationen, die zu einem Muster zusammengefügt werden können.

So sind Geldwäscheaktivitäten mitunter auch deswegen so schwer zu erkennen und bekämpfen, weil ihre Logik dazu führt, dass ansonsten vollkommen legitime Hand-

²⁰ Im Unterschied zu Spielhallen, die in Deutschland weder unter den Glücksspielstaatsvertrag noch unter die Regelungen des Geldwäschegesetzes fallen, sondern von der Gewerbeordnung erfasst werden.

lungen durchgeführt werden, deren Illegitimität sich ausschließlich aus der Herkunft des Geldes herleitet (Williams 1997, S. 92). In den meisten Fällen wissen daher auch die Verfasser von Geldwäsche-Verdachtsmeldungen im Finanzsektor nichts über die genaue Art von Kriminalität, die im konkreten Fall hinter den verdächtigen Transaktionen ihrer Kunden stecken könnte.²¹ Mitunter ist es auch deshalb sinnvoll, nicht nur den Weg des Geldes zu verfolgen, sondern auch die Spezifika der Vortaten zu berücksichtigen. Diese sind vermehrt im Rahmen organisierter Kriminalität zu finden (s.u.).

Da es sich bei organisierter Kriminalität meist um Netzwerkstrukturen handelt (etwa Welskopp 2007, S. 292 ff.; McIllwain 1999), ist es sinnvoll, auch Anti-Geldwäsche-Maßnahmen an der Denkfigur der Netzwerke zu orientieren (Jakobi 2012; Williams 2001, S. 95–97; auch McIllwain 1999, S. 303²² siehe Ausschnitt unten).²³

2.2 Weshalb Geldwäsche verhindern?

Die meisten ökonomischen Studien über Geldwäsche befassen sich mit der Quantifizierung bzw. der Feststellung des Ausmaßes von Geldwäsche und widmen sich der Frage, wie gemessen werden kann, wie viel Geld überhaupt jährlich weltweit gewaschen wird (z.B. Walker 1999; Unger 2007; Schneider 2006). Studien über die negativen Auswirkungen von Geldwäsche gibt es erst seit Anfang des 21. Jahrhunderts vermehrt und dann meist in Bezug auf das globale Finanzsystem; seltener rücken die Folgen für einzelne Volkswirtschaften ins Zentrum der Analyse (etwa Bartlett 2002, S. 21). Im Folgenden soll ein Überblick über die im Rahmen dieser Diskussionen vorgebrachten Argumente für ein Vorgehen gegen Geldwäsche gegeben werden.

²¹ Siehe hierzu eine Studie von Levi (1991) und Levi und Gold (1994), die das Zustandekommen von Berichten über verdächtige Transaktionen in Banken untersucht.

²² McIllwain (1999) unterscheidet zwischen drei Varianten, organisierte Kriminalität zu konzeptionalisieren: Erstens in Analogie zu Organisationen (i.S.d. Organisationssoziologie), zweitens eine politisch/anthropologische Vorstellung von Patronage-Beziehungen und letztlich die „Enterprise“-Perspektive, die die Funktionsweise organisierter Kriminalität analog zu einem modernen Konzern betrachtet. Diese verbindet der Autor mit einer Herangehensweise, die den Netzwerkcharakter aller so erfassten Beziehungsmuster betont.

²³ Auch Fallstudien, etwa unter http://www.fincen.gov/financial_institutions/msb/materials/en/prevention_guide.html#Some%20Money%20Laundering%20Schemes legen eine solch netzwerk-förmige Struktur von Geldwäsche-Aktivitäten nahe.

Die Gründe, weshalb Anti-Geldwäsche-Maßnahmen gefordert werden, lassen sich unterschiedlichen Themenkomplexen zuordnen, auf die im Folgenden näher eingegangen wird:²⁴

- Moralischen Prinzipien zur Verfolgung von Geldwäsche
- Die Eindämmung der organisierten Kriminalität
- Pragmatische Überlegungen der Strafverfolgung
- Rechtspolitische Desiderate, zum Beispiel die Bekämpfung der Geldwäsche andere Kriminalitätsformen einzudämmen
- Rein politische Abwägungen, wie etwa das Bestreben, die Souveränität des Staates aufrechtzuerhalten und der Bevölkerung Sicherheit bieten zu können
- Rein ökonomische Argumente zur Sicherung der Funktionalität von Volkswirtschaften ab

2.2.1 *Moralische Prinzipien*

Unter Rückgriff auf Rechtsphilosophie und Straftheorien lässt sich mit Ashworth (2010, S. 74-76) sagen, dass gerade bei profitorientierter Kriminalität sowohl repräsentative Strafe und Strafverfolgung als auch präventive Ziele des Gesetzgebers dadurch begründet werden, dass der Profit nicht mehr möglich sein soll bzw. zunichte gemacht wird, oder, wie es Durrieu (2013, S. 89) ausdrückt, S. „*Crime should not pay*“.

Dass Straftäter nicht nur ungeschoren ihren kriminellen Aktivitäten nachgehen können, sondern auch noch die Früchte ihres abweichenden Verhaltens genauso genießen können wie „ehrlich“ arbeitende Gesellschaftsmitglieder, schadet, wie der Soziologe Émile Durkheim schon 1895²⁵ feststellte, der gebrochenen Norm an sich, da deren ungeahndete Übertretung ihre Gültigkeit erodiert (Durkheim 1895). Dies führt entweder dazu, dass immer häufiger gegen die Norm verstoßen wird, oder aber zu Unmut bzw. Unverständnis in der Bevölkerung. Im Fall von Geldwäsche aber ist davon auszugehen, dass Teile der Bevölkerung die Geld waschenden Kriminellen eher als Arbeitgeber wahrnehmen und oftmals das Vergehen der Geldwäsche an sich nicht direkt erlebbar sowie opferlos ist.

²⁴ Alternativ hierzu unterscheiden etwa Schneider et al. (2006, S. 137) zwischen „immateriellem“ und „materiellem“ Schaden durch Geldwäsche.

²⁵ Durkheim, Émile (1895): *Les règles de la méthode sociologique*. Félix Alcan, Paris 1895.

2.2.2 Geldwäsche als „Achillesferse“ organisierter Kriminalität

Der gewichtigste und am häufigsten vorgebrachten Grund, weshalb gegen Geldwäsche vorgegangen werden sollte, verweist auf die Abhängigkeit Organisierter Kriminalität von der Fähigkeit, große Summen inkriminierter Gelder zu transferieren und zu (re-)investieren. Bezeichnend hierfür ist auch, dass Geldwäsche zunächst im Windschatten des Kampfes gegen Drogen in den USA auf die internationale politische Agenda gesetzt wurde (z.B. Levi 2002). Auch die FATF nennt den Zusammenhang zwischen OK und Geldwäsche als zentrales Motiv von Anti-Geldwäschemassnahmen (*Anti Money Laundering*, kurz AML):

“Most importantly, however, targeting the money laundering aspect of criminal activity and depriving the criminal of his ill-gotten gains means hitting him where he is vulnerable. Without a usable profit, the criminal activity will not continue.”²⁶

Der 2. periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung (BMI/BMJ 2006) verweist ebenso auf den Zusammenhang von Organisierter Kriminalität und Geldwäsche. Organisierte Kriminalität ist zum einen milieuspezifisch, zum anderen hängt sie aus logistischen und funktionalen Gründen mit bestimmten Delikten zusammen. Zu letzterer Gruppe von Straftaten gehört die Geldwäsche. In rund 33% der 620 im Jahr 2004 bearbeiteten Ermittlungsverfahren wegen OK lagen Hinweise auf Geldwäsche vor (BMI/BMJ 2006, S. 456), im Jahr 2013 betrug dieser Anteil rund 35% bei insgesamt 580 Verfahren (BKA 2013, S. 6).

Nicht nur können inkriminierte Gelder nicht ohne Weiteres in großen Summen genossen werden (sofern man Luxusgüter aus dem legalen Wirtschaftskreislauf erwerben möchte), auch die Finanzierung weiterer illegaler Projekte erfordert oftmals hohe Investitionssummen in den legalen Markt, etwa im Falle von südamerikanischen Drogenkartellen, die mittlerweile Transatlantikflüge in eigenen Flugzeugen organisieren, um Kokain auf den afrikanischen Kontinent und von dort nach Europa zu schmuggeln.²⁷ Aus diesem Grund wird Analysen von organisierter Kriminalität meist ein profitorientiertes Handlungsmodell, basierend auf Rational Choice-Annahmen, zugrunde gelegt. Der Jurist Wolfgang Hetzer (1999, S. 148) bezeichnet dieses Profitstreben auch als „Raison d’Être“ der Organisierten Kriminalität. Dass Geldwäsche also als „*support crime*“ fungiert und es ermöglicht, die illegal zustande

²⁶ <http://www.fatf-gafi.org/pages/faq/moneylaundering/>.

²⁷ <http://www.zeit.de/2011/12/P-Zeitgeist-12>.

gekommenen Gewinne effizienter und gezielter einzusetzen (Jakobi 2012, S. 179), verdeutlichen auch sogenannte Kreislaufmodelle der Geldwäsche (s.o.).

Erfolgreiche Anti-Geldwäsche-Maßnahmen verringern daher die Anreize für Kriminelle, vor allem im Bereich der organisierten (Drogen-)Kriminalität (Levi 2002, S. 182). Aufgrund dieser Annahmen hat sich mittlerweile die Geldwäschebekämpfung zur international „wichtigsten und kontrollintensivsten Komponente bei der Bekämpfung der OK“ entwickelt (Kilchling 2013, S. 10). Ökonomisch betrachtet erhöhen diese Maßnahmen die Kosten der Geldwäsche und damit der Kriminalität, was diese unprofitabler werden lässt und damit zu einer Reduktion des Kriminalitätsniveaus führt.

2.2.3 *Unterstützung der Rechtspflege und Strafverfolgung*

Pragmatische Überlegungen der Strafverfolgungspraxis bzgl. der Durchsetzbarkeit des Rechts lassen die strafrechtliche Verfolgung und Kriminalisierung von Geldwäsche erstrebenswert erscheinen. Teilweise werden erst durch die Verfolgung der Spuren 'dreckiger' Gelder die Drahtzieher hinter organisiertem Verbrechen herausgestellt, Namen und Identitäten entdeckt und so ein Verfahren überhaupt erst ermöglicht oder gestützt (siehe etwa Brown 2013).

Auch die Chancen von Opfern bestimmter Verbrechensformen auf einen Ausgleich ihrer finanziellen Verluste können durch Anti-Geldwäsche-Maßnahmen im Rahmen der „Rückgewinnungshilfe“ (siehe z.B. Retemeyer 2008, S. 1205 f.) vergrößert werden. Dies hängt vor allem mit der Konfiszierung von gewaschenen Geldern und der Vermögensabschöpfung zusammen, wie u.a. die FATF anmerkt:

„When criminal funds are derived from robbery, extortion, embezzlement or fraud, a money laundering investigation is frequently the only way to locate the stolen funds and restore them to the victims.“

Diese kriminalstrategischen Aspekte lassen Geldwäsche eher als „technisches Delikt“ scheinen. Ihre Nutzbarmachung durch die Gesetzeshüter wird mitunter auch als „Al Capone-Prinzip“ bezeichnet, bei dem über den Weg der „Papierspur“ Erkenntnisse gewonnen oder gar Beweismittel gesichert werden können (etwa Wirtz 2006).

2.2.4 *Staatliche Stabilität und Sicherheit*

Eng mit der oben dargestellten Verknüpfung von Aktivitäten der OK mit Geldwäsche hängen solche Argumente zusammen, die Anti-Geldwäsche-Maßnahmen im

Namen allgemeiner Sicherheit und der staatlichen Stabilität fordern. So kann etwa die ungehinderte Einschleusung der OK in den legitimen Markt (bspw. durch Investition inkriminierter Gelder in legitime Unternehmen) dazu führen, dass diese kriminellen Organisationen zu immer größerer Macht gelangen und dadurch nicht mehr nur mittels Bestechung und Korruption, sondern auch über legale Interessenvertretungen, sprich: Lobbyarbeit, Kontroll- und Einflussmöglichkeiten der Regierung haben: „*Organised crime can infiltrate financial institutions, acquire control of large sectors of the economy through investment, or offer bribes to public officials and indeed governments.*“ (FATF FAQ). Dies schadet nicht nur der Integrität staatlicher und privater Institute, sondern wirkt sich auch auf die tatsächlichen Machtverhältnisse im Staat aus und kann zur Abhängigkeit/Beeinflussung der Regierungen von OK führen und so die demokratische Legitimierung der Regierung untergraben.

Obwohl Geldwäsche prozentual gesehen vermutlich keinen großen Anteil an der Finanzierung des internationalen Terrorismus hat (siehe z.B. Levi 2002, S. 183), werden auch hier Zusammenhänge gesehen. Erneute politische Brisanz und Einfluss auf internationaler Ebene erhielt das Thema Geldwäsche z.B. interessanter Weise im Windschatten des internationalen Terrorismus seit 2001. Dieser ist auf Finanzierung und Liquidität in zahlreichen Jurisdiktionen angewiesen. So schätzt etwa das CIA, dass Al Qaida zur Vorbereitung und Durchführung der Attacken vom 11. September etwa 300 000 USD investieren musste (Durrieu 2013, S. 67). Diese relativ kleinen Summen machen aber noch nicht ersichtlich, weshalb Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zusammenhängen sollen. Letztlich, so etwa Masciandaro 2007; Zagaris 2004; Serio 2004, ist Terrorismusfinanzierung keineswegs auf die Nutzung inkriminierter Gelder beschränkt, sondern kann durchaus auch über legitim erworbenes Kapital finanziert werden. Geldwäsche ist also mitnichten eine notwendige Voraussetzung für Terrorismus (näher hierzu Gouvin 2003). Da aber auch für Terroristen gerade der Anschein von Legitimität und Geheimhaltung wichtig sind, ist unter Berücksichtigung strategischer Überlegungen der Strafverfolgung nachvollziehbar, dass sich bestimmte Verhaltensformen ähneln (etwa das Umgehen von Identifizierungsmaßnahmen) und von daher ähnliche Maßnahmen wie bei der Geldwäsche auch im Kampf gegen Terrorismusfinanzierung genutzt werden könnten – auch wenn eine solche Begründung von AML rechtlich bedenklich ist.

Die bisher genannten Argumente begründen sich – bis auf den Exkurs zur Terrorismusfinanzierung – vornehmlich aus der illegalen Herkunft der Gelder, die durch den Geldwäscheprozess verschleiert werden sollen. Bei diesen steht also die Vortat und

der von ihr ausgegangene Schaden im Mittelpunkt des Interesses. Dieser soll vermieden oder weniger wahrscheinlich gemacht werden, weshalb Anti-Geldwäsche-Maßnahmen gefordert werden.

Für solche Maßnahmen sprechen auch Argumente, die das Augenmerk auf schädliche zukünftige Folgen der Geldwäsche an sich lenken. Diese sollen im Folgenden vorgestellt werden.

2.2.5 *Ökonomische Konsequenzen*

Geldwäsche wird oftmals als Bedrohung für die Wirtschaft beschrieben (Basel Committee on Banking Supervision 2014, Geiger/Wuensch 2007; Quirk 1996²⁸, 1997; Tanzi 1996; Unger 2007). In einer Studie aus dem Jahr 1996 spürt Peter Quirk bspw. statistische Zusammenhänge zwischen einem sinkenden Bruttoinlandsprodukt und dem Ausmaß von Geldwäsche in 18 Ländern auf.²⁹

Als weitere *makroökonomische Konsequenzen* wird auf die Auswirkungen der Geldwäsche auf die Geldmenge im Land der Geldwäsche verwiesen, welche wiederum Zinsen und Wechselkurse beeinflusst. Als besonders schwerwiegend wird von einigen Autoren genannt, dass diese makroökonomischen Einflüsse der Geldwäsche sich den Analysen und Statistiken der Finanz- und Wirtschaftspolitik entziehen, sodass es zu negativen Entwicklungen durch eine *auf verzerrten Annahmen beruhende Fiskalpolitik* kommen könne (Quirk 1997; Gordon 1999).

Dadurch, dass Kriminelle nicht unbedingt dort ihre inkriminierten Gelder platzieren, wo sie am meisten Profit erwarten, sondern dort, wo sie am wahrscheinlichsten nicht entdeckt werden (Stessens 2000, S. 87), erfolgen darüber hinaus bestimmte Anlagen nicht unter normal-ökonomischen Gesichtspunkten (Masciandaro et al. 2008, S. xi, sowie Kapitel 3). Die Interessen der Kriminellen, die Geld waschen wollen, folgen also nicht nur den finanziellen Werten, sondern richten sich nach ihren Verschleierungs-Zielen.³⁰ Das wiederum kann dazu führen, dass Geldwäscher dazu bereit sind, ungewöhnlich hohe Preise zu zahlen und dadurch die Preise für andere, nicht-

²⁸ <https://de.scribd.com/doc/56938963/Peter-Quirk-1996-IMF-Money-Laundering-Essay>.

²⁹ Aufgrund der Schwierigkeiten beim Schätzen des Ausmaßes von Geldwäsche sollte diese Studie aber nicht als abschließende Bestätigung der These angesehen werden.

³⁰ Vgl. hierzu etwa Alldridge 2001: 279: „...secrecy has value. People will pay for secrecy because it costs less than disclosure.“

kriminelle Marktteilnehmer in unerschwingliche Höhen treiben (Durrieu 2013, S. 81). Auf diese Art kann Geldwäsche fairem Wettbewerb entgegenwirken und zugleich zu (künstlich) inflationären Preisen führen. Die so wahrgenommene artifiziell erzeugte Nachfrage kann dann ebenfalls zu falschen wirtschaftspolitischen Maßnahmen führen (Masciandaro 1999; Quirk 1996; Barlett 2002; M.F. Cuéllar 2003).³¹

Durrieu (2013) erweitert diese Annahmen insofern, als er sagt, dass auch Geldwäscher hauptsächlich profitorientiert seien und ihre inkriminierten Gelder letztlich legal und profitabel anlegen/investieren könnten, gerade nachdem die Gelder über Offshore-Zentren platziert und durch zahlreiche Transaktionen nicht mehr nachverfolgbar gemacht wurden. Die oben erwähnte hohe Priorität der Verschleierung würde demnach nur auf die erste und zweite Phase des Prozesses der Geldwäsche zutreffen. Das nach Durchlaufen dieser Phasen gewaschene Geld kann sodann in legale Geschäftsideen investiert werden, wie Durrieu anhand dreier Fallbeispiele aus Lateinamerika belegt. Dies wiederum führe zum nach Durrieus Ansicht weitaus größten Schaden, den eine Volkswirtschaft durch professionelle großangelegte Geldwäsche-Aktivitäten erfahre, nämlich, *dass Kriminelle zum Teil der legalen Wirtschaft werden* und in dieser wirtschaftliche und politische Macht entfalten könnten (siehe hierzu bspw. auch Turner 2011). Dadurch stehen nicht nur, wie oben beschrieben, die ersten beiden Phasen des Prozesses im Blickpunkt von Anti-Geldwäschemaßnahmen, sondern auch die dritte Phase (integration).

Geldwäsche im großen Stil kann außerdem zu *Wettbewerbsverzerrung* führen (Unger 2007, S. 156; Schneider et al. 2006, S. 137 f.; Munro 2011, S. 136). Bspw. haben Strohfirnen, die nicht nur produktiv sind, sondern auch noch mit zu waschenden Geldern gespeist werden, einen Vorteil gegenüber ehrlichen Konkurrenten und können deren Preise unterbieten. So können Geschäfte mit legitimem Hintergrund langsam aus dem Wettbewerb verdrängt und die Wirtschaft durch Unternehmen der Organisierten Kriminalität unterwandert werden.

³¹ Allerdings sind letztere nur dann zu erwarten, wenn auch die dritte Phase des Wäscheprozesses (Integration) im Land der Platzierung und des Layering erfolgt. Wie oben geschildert, ist dem aber meist nicht so, weshalb einer Verzerrung wirtschaftspolitischer Maßnahmen vermutlich nur unwesentlich mit der Bekämpfung von Geldwäsche begegnet werden kann, siehe hierzu etwa Gordon 1999, S. 411.

Eine weitere Gruppe von wirtschaftlichen Argumenten hängt mit einer vermuteten Angewiesenheit der Wirtschaft auf *Integrität* zusammen. Dies bezieht sich teils auf bestimmte Finanzinstitute, teils auf ganze Volkswirtschaften.³²

Wie u.a. Bartlett feststellt, kann eine beschädigte Integrität zum Vertrauensverlust der Kunden und Investoren in das Institut oder das nationale Finanzsystem führen, was deren Rückzug bewirken kann (Bartlett, 2002; Vaithilingam et al. 2009, S. 19).

Bartlett (2002, S. 19) stellt darüber hinaus fest, dass Geldwäsche Finanzinstituten schade, da es einen Zusammenhang zwischen Geldwäschetätigkeiten und generell betrügerischem Verhalten von Angestellten gäbe: Wo korrumpierte Angestellte arbeiten, ist auch davon auszugehen, dass sie nicht nur in Fällen der Geldwäsche, sondern auch in anderen Bereichen ihren eigenen finanziellen Gewinn über den des Unternehmens oder moralische Standards setzen, sodass davon auszugehen ist, dass solche Angestellte dem Institut finanzielle Verluste bereiten.³³

Die so entstehende Anfälligkeit für Korruption und Betrugsdelikte kann wiederum dazu beitragen, dass (potentielle) Kunden das Vertrauen in das jeweilige Institut oder gar den nationalen Markt verlieren und ihre geschäftlichen Tätigkeiten auf andere Institute, in andere Länder oder auf andere Produkte und Märkte (die auch illegal sein können) verlagern.

Gerade in wirtschaftlich schwachen und Entwicklungsländern hat dies weitreichende Folgen für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung, denn diese sind auf den Abbau von institutionalisiertem Betrug und Korruption (etwa im Sinne der Kriterien von „Good Governance“) angewiesen, um unterstützende Leistungen (Entwicklungshilfe) zu erhalten und mögliche Investoren anzulocken. Auch hier spielen also Zuverlässigkeit, Ruf und Vertrauen eine Rolle. Ein Klima, in dem Geldwäsche geduldet oder nicht effektiv bekämpft wird, würde dem entgegenwirken (Bartlett 2002, S. 19).

³² Der Zusammenhang zwischen der Integrität des Marktes und Geldwäsche ist auch ersichtlich an der Zuweisung des politischen Ressorts innerhalb der Europäischen Union. So wurde Geldwäsche in der EU zunächst (2001) im Rahmen der ersten Säule (also der Europäischen Gemeinschaften, die sich hauptsächlich auf die Gestaltung des europäischen Marktes beziehen) und nicht etwa unter der dritten Säule (unter die die Bereiche Sicherheit und Justiz, auch die Bekämpfung organisierter Kriminalität fallen) bearbeitet (Levi 2009, S. 534).

³³ Dies allerdings hängt nicht mit den für Geldwäsche spezifischen Handlungen zusammen, kann also auch durch andere Maßnahmen als AML bekämpft werden.

Durch den oben beschriebenen Zusammenhang von (Organisierter) Kriminalität und Geldwäsche stellt letztere außerdem einen „multiplier for crime“ dar, der soziale Kosten zur Folge hat (Gnutzmann 2010). Geldwäsche als Beitrag zur Kriminalität im Allgemeinen begünstigt also Entwicklungen, die Kosten in Form von Strafverfolgung, Justizvollzug, Suchtprävention und -rehabilitation u.ä. verursachen sowie in Form der durch die Vortaten verursachten Schäden.

2.3 Folgekosten der Bekämpfung von Geldwäsche

Geldwäsche ist inzwischen in den meisten Jurisdiktionen als Straftat definiert und mit unterschiedlichen Strafmaßen belegt. Die mittlerweile aus neunundvierzig Punkten³⁴ bestehende Empfehlungsliste der FATF schlägt eine solche Kriminalisierung neben einer Reihe anderer geeignet scheinender Anti-Geldwäsche-Maßnahme vor.³⁵ Viele der 170 Staaten, die diese Empfehlungen anerkennen, befolgen diese rein aufgrund des internationalen Drucks zur Konformität (bspw. durch das „*blacklisting*“ sogenannter nicht-kooperativer Staaten) mit den vor allem auf Initiative der USA und anderer OECD-Länder³⁶ vorangetriebenen Vorkehrungen und Aktionen gegen Geldwäsche, die für eine internationale Angleichung der Geldwäschebekämpfung sorgen sollen und der oben beschriebenen ungleichen Verteilung der Kosten von Geldwäsche entgegenwirken.³⁷ Den Großteil dieser Maßnahmen setzt zumeist der private Sektor, insbesondere Banken und Finanzdienstleister, um (Geiger/Wuensch 2007, S. 96).

Damit einher geht die Diskriminierung von Ländern mit entsprechend schlechtem Ruf, was zu weiteren finanziellen Verlusten dieser meist schwachen Volkswirtschaften (meistens Entwicklungs- und Schwellenländer) führen kann (Geiger/Wuensch 2007, S. 103, FN 30).³⁸ Gleiches gilt für die Unterschiede zwischen großen und

³⁴ Neun zusätzliche Punkte wurden nach den Terror-Attacken des 11.09.2001 den ursprünglichen vierzig hinzugefügt.

³⁵ FATF2013: 12: „Countries should criminalise money laundering on the basis of the Vienna Convention and the Palermo Convention.“

³⁶ Hierin involviert sind bspw. die „Bank of International Settlements“ (BIS), die OECD, die G7 und G20, die EU, Abteilungen der UN wie etwa UNODOC, der IMF sowie das „Financial Stability Forum“ (FSF), Gnutzmann et al. 2010, S. 245.

³⁷ Eine kritische Auseinandersetzung mit der führenden Rolle der USA in diesem Prozess der Verrechtlichung der Geldwäsche und der internationalen Durchsetzung entsprechender Kontrollmechanismen liefert Bosworth-Davies 2006b, S. 355f.

³⁸ Dem ließe sich allerdings mit Bartlett (2002) entgegenen, dass durch die Einhaltung der geforderten Maßnahmen, also die Konformität mit den Vorgaben der FATF u.a. Kriterien mit erfüllt werden, die auch zu den sogenannten „good governance“ Praktiken zählen. Letztere bestätigt zu bekommen ist für den

kleinen Finanzdienstleistern. So beschreibt etwa das Basel Committee on Banking Supervision (BCBS 2013), dass der Anreiz für Banken, AML Maßnahmen vorschriftsmäßig umzusetzen vornehmlich in der Aufrechterhaltung eines guten Rufes liege (BCBS 2013, S. 1 f.).

Nach den oben geschilderten negativen Auswirkungen, die Geldwäsche haben kann, scheint deren Bekämpfung gerechtfertigt und wünschenswert. Allerdings gilt es hierbei zu beachten, dass regulierende Maßnahmen stets mit der Einschränkung bestimmter Handlungsoptionen und daher mit Freiheitsverlust einhergehen und so mitunter Anti-Geldwäsche-Maßnahmen selbst wieder negative Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft haben könnten. Neben den direkten Kosten, die durch AML verursacht werden, gilt es dabei auch die gesellschaftlichen und ökonomischen „Kollateralschäden“ (Geiger/Wuensch 2007, S. 92) zu bedenken.

Präventions-Ansätze, die auf einem ökonomisch-rationalen Handlungsmodell beruhen (wie es die derzeitigen Maßnahmen im Kampf gegen Geldwäsche tun), und Kriminalität dadurch einschränken zu versuchen, dass die Kostenvariable in der Kosten-Nutzen-Rechnung der Täter/innen erhöht wird, müssen auch bedenken, dass die Erhöhung der Kosten in einem Bereich, der an sich legal ist – und nur solche sind für Geldwäschezwecke attraktiv – die Kosten aller an diesem Markt beteiligten erhöht, eben auch derjenigen, die sich gesetzeskonform verhalten und keine Geldwäsche betreiben oder ermöglichen wollen. Die so entstehenden Kosten müssen also berücksichtigt werden und sollen im Folgenden dargestellt werden. Auch hier können die jeweiligen Argumente in drei Teilgebiete gegliedert werden: Einerseits müssen ökonomische Konsequenzen berücksichtigt werden, andererseits die moralischen und praktischen Probleme, mit denen sich Anti-Geldwäsche-Maßnahmen konfrontiert sehen.

2.3.1 Unintendierte ökonomische Nebenwirkungen

Wie auch bei anderen regulierenden Maßnahmen sieht sich der Gesetzgeber im Bereich Geldwäsche mit einem Zielkonflikt konfrontiert: Einerseits ist es der Wunsch des Gesetzgebers, Geldwäsche zu verhindern, denn nicht nur hat sie die oben erläuterten negativen Auswirkungen, auch besteht ein internationaler Druck zur Konformität mit den Abkommen und Standards, die u.a. die FATF setzt. Andererseits liegt es ebenso in seinem Interesse, das Funktionieren des Marktes zu ge-

Empfang von entwicklungsfördernden Hilfsleistungen, etwa für den Schuldenerlass von hochverschuldeten Entwicklungsländern, von zentraler Bedeutung.

währleisten. So könnten etwa bestimmte Branchen durch zu starre Anti-Geldwäsche-Gesetze in den Ruin getrieben werden, etwa Gebrauchtwagenhändler, die bei ihren Kunden kein Verständnis für umfassende Identifizierungsmaßnahmen finden.

Allein die Abhängigkeit vieler Wirtschaften vom Banken- und Versicherungssektor macht es für Staaten erforderlich, die Regulierungsvorschriften in einem Maß zu halten, welches nicht dazu führt dass Kunden in andere Jurisdiktionen abwandern, sei dies aus Gründen mangelnden *Vertrauens* in die Verlässlichkeit des Bankgeheimnisses oder aber aufgrund der Tatsache, dass Finanzinstitute ihre *gestiegenen Kosten* in Form von Preiserhöhungen an den Kunden weiterreichen (siehe hierzu etwa Bosworth-Davies 2006a, S. 98; zum Vertrauensverlust Bosworth-Davies 2006b, S. 360; Jakobi 2012, S. 181).

Außerdem könnten sich Staaten, deren Bankensektor und große Teile der Wirtschaft von der Praxis des Bankengeheimnisses abhängen, in ihrer Souveränität beschnitten sehen (Bosworth-Davies 2006a, S. 360). Zusammenfassend ist davon auszugehen, dass es unter bestimmten Umständen „*laxity national benefits*“ (Masciandaro 1999, S. 19) bzgl. der Umsetzung von AML geben kann, also Vorteile, die aus einer bewussten Nachlässigkeit bei der Umsetzung von AML herrühren.

Nicht nur Staaten können einen Gewinn darin sehen, Anti-Geldwäschemassnahmen erfolgreich abzuwehren oder zu umgehen, auch bspw. Banken, wie es der Skandal um HSBC gezeigt hat, könnten entsprechende Handlungsstrategien entwickeln, da: „*The entire anti-money-laundering (AML) regime is forcing financial institutions to act against their own self-interests, and, in those conditions, some organizations and many more individuals will choose to bend, if not break, the rules*“ (Turner 2011 p. 92; ähnlich auch Alford 1993).

Alldridge (2001, S. 311) stellt darüber hinaus fest, dass Banken durch Geldwäsche mitnichten ausschließlich negativ beeinflusst werden können, sondern diese im Gegenteil sogar begrüßen können: „*There are clear reasons why launders [sic] might actually be regarded by banks as desirable customers.*“ Dies liegt darin begründet, dass Geldwäscher nicht unbedingt rein ökonomischen Logiken folgen (s.o.), sondern bereitwillig höhere Kosten/schlechtere Konditionen akzeptieren, wenn sie sich dadurch die Sicherheit erkaufen, nicht entdeckt zu werden. Außerdem tragen professionelle Geldwäscher zur Liquidität der Banken bei.

Aber nicht nur könnten Banken Anti-Geldwäsche-Maßnahmen als Beschneidung ihrer Gewinnmöglichkeiten sehen: Das am stärksten betonte Argument der Finanzinstitute gegen Anti-Geldwäsche-Maßnahmen richtet sich auf die dadurch entstehenden tatsächlichen, direkten Kosten, denn Kontrollmaßnahmen, Identifizierung, die Schulung des Personals, die Verwaltung und Aufbewahrung der gesammelten Datenmengen usw. erhöhen Personal- und Sachkosten des Unternehmens (Jakobi 2012, S. 181; Geiger/Wuensch 2007, S. 92; Masciandaro et al. 2001; Simmons 2000).

Hubli und Geiger (2004, S. 34) haben bspw. die direkten Kosten Schweizer Banken ermittelt, die auf AML zurückzuführen sind und diese auf 45% der Gesamtausgaben für Compliance geschätzt, was 2% der Gesamtkosten im Schweizer Private Banking Bereich ausmache.³⁹ Hinzu kommt, dass eben diese Maßnahmen in Verbindung mit dem Aufweichen des Bankgeheimnisses zu einem Vertrauensverlust der Kunden führen können, was wiederum mit finanziellen Verlusten der Bank einhergeht (Duncan 1993).

Paradoxerweise kann so ein extensives, gut funktionierendes Anti-Geldwäsche-System einer Bank auch dazu führen, dass Kunden abgeschreckt werden. Erstens könnten durch zu umfangreiche Identifikationsmaßnahmen und Know-your-customer-Prinzipien Kunden zu Banken mit weniger Aufwand abwandern (Simmons 2000, S. 247), und zweitens könnte ein derart gut funktionierendes System auch dazu führen, dass mehr Fälle als bei anderen Banken aufgedeckt werden, was u.a. zu einem Imageverlust führen kann.⁴⁰

Hierbei ist davon auszugehen, dass kleinere Banken sehr viel stärker unter den so entstehenden Kosten leiden, als die großen Institute (Geiger/Wuensch 2007, S. 100). Die staatlichen Eingriffe durch Regulierungsvorgaben können so also großen Banken einen Marktvorteil verschaffen und den fairen Wettbewerb behindern. Zudem können die durch Geldwäschevorschriften ausgelösten Fixkosten pro Kunden es unprofitabel machen, für bestimmte Kundengruppen Dienstleistungen zu erbringen. Im Extremfall führt dies dazu, dass diese Personen von Finanzgeschäften ausgeschlossen werden.

³⁹ Die Studie ermittelte dies auf Basis eines Fragebogens, den 17 von 30 angeschriebenen Banken ausfüllten und zurückschickten, unter Abgleich mit Experten-Schätzungen.

⁴⁰ Genauso wie etwa eine Aufstockung der Schutzpolizei oftmals mit statistisch höheren Kriminalitätsraten einhergeht, was der Tatsache geschuldet ist, dass schlicht mehr Taten, die andernfalls unentdeckt geblieben wären, wahrgenommen werden.

2.3.2 *Moralische Bedenken: Eingriffe in die Rechte Dritter*

Anti-Geldwäsche-Maßnahmen wirken sich aber nicht nur auf Institutionen oder gesamtgesellschaftliche Entwicklungen aus, sondern sind mitunter auch von Individuen zu spüren. Beispielsweise erwachsen datenschutzrechtliche Bedenken etwa in Bezug auf die Konteneinsicht (Kontenabrufverfahren nach § 24c KWG) der Ermittlungsbehörden oder die mögliche Nutzung ähnlicher Werkzeuge für Verpflichtete des Geldwäschegesetzes (Alldridge 2001, S. 279; Geiger/Wuensch 2007, S. 98).

Auch könnten durch die Ausweitung der Geldwäsche-Vortaten immer mehr Unternehmen und Individuen durch bestimmte Risikoparameter von der Nutzung diverser Finanzinstitute oder -instrumente systematisch ausgeschlossen werden, obwohl sie diese nicht zu Geldwäschezwecken nutzen möchten, bspw. aufgrund innovativer Konzepte, die nicht in das Raster der Compliance-Prüfung passen. Dies kommt einer ökonomischen Diskriminierung gleich und kann negative Folgen für die jeweilige Person, das Unternehmen und letztlich auch die Volkswirtschaft haben (Geiger/Wuensch 2007, S. 99).

Mögliche „Kollateralschäden“, können auch in Form von Unverständnis in der Bevölkerung oder zum Vertrauensverlust der Kunden bestehen, wie bspw. die Skandalisierung von fälschlicherweise der Geldwäsche verdächtigter Transaktionen in der Bild-Zeitung zeigt.⁴¹

2.3.3 *Pragmatische Schwierigkeiten bei der Umsetzung/Erreichung der Ziele von AML*

Phil Williams (1997) verweist auf das Hinterherhinken der Strafverfolgung in Fällen von Geldwäsche, da neue Technologien etc. die Möglichkeiten für Kriminelle, ihr Geld zu waschen, so rasant erweitern, dass es zu einem „game of catch-up“ komme (Williams, S. 71; auch 92; ähnlich auch bspw. Nardo 2004, S. 139; Geiger/Wuensch 2007, S. 100).

Bei der Entscheidung für eine Maßnahme gegen Geldwäsche ist es auch wichtig zu beurteilen, was genau an der Tat der Geldwäsche als verwerflich und schädlich betrachtet wird, was also die Maßnahme zum Ziel hat und auf welche Akteure sie sich stützen soll.

⁴¹<http://www.bild.de/bild-plus/regional/frankfurt/geldwaesche/konto-von-17-jaehriger-gespart-37546900,var=x,view=conversionToLogin.bild.html>

Stets zu berücksichtigen bei allen Maßnahmen gegen Geldwäsche mit dem Ziel, Auswirkungen auf die „predicate offenses“ zu erwirken, ist die Tatsache, dass sich die Effektivität dieser Maßnahmen auf Ausmaß und Art von Kriminalität aufgrund methodologischer Schwierigkeiten bisher kaum messen lässt (Levi 2002, S. 190; auch Alldridge 2001, S. 288; Geiger/Wünsch 2007, S. 92). Es gibt sogar Grund zu der Annahme, dass die tatsächlichen angestrebten Abschreckungs-Effekte in diesem Bereich ausbleiben oder aber sogar in ihr Gegenteil verkehrt werden können, wie Geiger und Wünsch (2007, S. 97 f.; 100) darlegen.

Das Argument, mit Geldwäschegesetzen der organisierten Kriminalität Anreize zu nehmen, ist bspw. in zweierlei Hinsicht fraglich: Erstens ist davon auszugehen, dass nur ein Teil der inkriminierten Gelder gewaschen wird.

Zweitens könnten Maßnahmen, die die Kosten der Geldwäsche erhöhen zwar einerseits zu Resignation seitens der Kriminellen und so zu weniger Kriminalität führen. Zu erwarten ist aber auch, dass es zu Innovationen (also der Erschließung neuer Möglichkeiten, Geld in den legalen Markt zu integrieren, Innovation also im Sinne des Soziologen Robert K. Mertons) kommt (Merton 1957).

Je kostenintensiver die illegalen Geschäfte und die Geldwäsche werden, desto eher sind Kriminelle außerdem auf organisierte Strukturen angewiesen, die Langzeitinvestitionen ermöglichen. Auf diese Art und Weise könnten Anti-Geldwäsche-Maßnahmen groß angelegter organisierter Kriminalität einen Vorteil im Vergleich zu kleineren kriminellen Unternehmen verschaffen und so das Erstarken ersterer begünstigen:

„All alternatives [bzgl. Geldwäsche] require professional resources and long-term investments. Such a [sic] environment is typically provided by organized crime. It is conceivable that AML measures promote large, sophisticated organized crime structures rather than fight them.“ (Geiger/Wuensch 2007, S. 98).

Dies erzeugt aber eine ambivalente Situation: Die Begünstigung großer organisierter Kriminalitäts-Unternehmen, die zu einer faktischen Monopol- bzw. Oligopol-Stellung führen könnte, könnte sich – anders als Monopole in der legalen Wirtschaft – rechtspolitisch wünschenswerte Ergebnisse fördern, nämlich eine Erhöhung der Preise und letztlich einen dadurch bedingten Rückgang der Nachfrage, bspw. zu weniger Drogenkonsumenten. Andererseits könnten diese Oligopole sich als kriminalstrategisch schwieriger zu bekämpfen herausstellen, als kleinere, weniger

weit/global vernetzte kriminelle Organisationen. Hier Verantwortliche auszumachen könnte bedeutend schwieriger sein.

Auch Naylor (1999, 2001) bemängelt an Maßnahmen, die entweder die Erlöse und das Kapital Krimineller konfiszieren oder sich darauf richten, die Integration inkriminierter Gelder in den legalen Wirtschaftskreislauf zu erschweren, dass sie nicht effektiv seien im Hinblick auf Kriminalitätsreduktion, weil sie den „*criminal marketplace*“ falsch konzeptualisieren (s.o.; Naylor 1999). Naylor kritisiert weiterhin den diesen Maßnahmen zugrundeliegenden Pfad des „*follow-the-money*“. Dieser führe zu indirekten bzw. Neben-Kosten, darunter etwa die Verzerren/Schrägstellung der Prioritäten in der Strafverfolgung, Verletzungen von Bürgerrechten (s.u.), sowie Schaden an der Integrität des Steuersystems.

Erahnbar ist außerdem, dass es durch die strafrechtliche Verfolgung von Geldwäsche zur Verwischung der Grenze zwischen Zivil- und Strafrecht kommen könnte. So attestiert etwa bereits Kilchling (2013, S. 13) für die deutsche Situation in Bezug auf die „Verzahnung von Steuer- und Geldwäschestrafbarkeit“ durch die Aufnahme bestimmter Steuerdelikte in den Vortatenkatalog des Geldwäscheparagraphen.

2.3.4 Folgen für die Bekämpfung von Geldwäsche

Maßnahmen gegen Geldwäsche können sich prinzipiell, wie auch andere Formen der Kriminalitätsbekämpfung bzw. -eindämmung auf den Täter, die Situation, oder das begehrte Objekt richten (Broken Windows Theorie/ Situative Kriminalprävention). Sie können dabei kategorisch als „weiche“ („*persuasive*“), auf sozialen Konventionen beruhende oder „harte“ (*coercive*), rechtlich verbindliche Maßnahmen unterschieden werden (Clarke 2000, S. 141; Larsson 2007) und in ihrer Anwendung sowohl spezial- als auch generalpräventive Auswirkungen haben (Levi 2002, S.182f.).

Bisherige Maßnahmen wie etwa die „weiche“ Form der Regulierung durch die Empfehlungen und Dokumentationen der FATF oder die Wolfsberg-Prinzipien (siehe etwa Pieth 2003), zu denen sich einige Banken bekannt haben, richten sich hauptsächlich auf situationale Aspekte der Tatbegehung, bspw. gibt es Zugangsbeschränkungen für Personen, die als hohes Risiko eingestuft werden und Identifikations-Hürden bei Bankgeschäften.

Probleme solch situativer Kriminalprävention liegen vor allem im sogenannten „Displacement“ von Kriminalität.⁴² Hierbei verlagert sich lediglich der Ort oder der Mechanismus der Tatbegehung, was nichts daran ändert, dass die Tat dennoch geschieht – wenn Geldwäsche aufgrund extensiver Kontrollen nicht mehr über Banken geschehen kann, dann bspw. über Wechselstuben oder den Nichtfinanzsektor. Die Möglichkeiten für Displacement Strategien sind gerade durch die oben beschriebenen technischen Gegebenheiten und flexiblen Logiken der Geldwäsche als vielfältig einzustufen. Ob diese auch wahrgenommen werden, hängt aber darüber hinaus auch von der Anpassungsfähig- bzw. -willigkeit der involvierten Straftäter (der Vortaten ebenso wie Geldwäscher) ab (Levi 2002, S. 191).

Suendorf (2011) unterscheidet Aspekte der Geldwäsche, deren Ausprägung und konkrete Ausgestaltung von den Straftätern selbst abhängen und solche, die nicht von den Straftätern abhängen.⁴³ Sie beleuchtet also zweierlei Möglichkeiten, der Geldwäsche nachzugehen: Einerseits einen Ansatz, der sich auf die Verfolgung der konkreten Täter, ihrer Persönlichkeit, Herkunft und (sozial-) strukturellen Zusammensetzung stützt und dabei von den Tatbestandsmerkmalen und dem Tathergang, den Motiven etc. ausgeht, andererseits eine Herangehensweise, die bei den inkriminierten Geldern ansetzt:

„The criminal proceeds, as opposed to the egregious criminal acts now became the focus of law enforcement attention.“ (Bosworth-Davies 2006b, S. 352).

Letzterer wird auch in Abgrenzung zu sozial-interventionistischen Ansätzen als *follow-the-money approach* bezeichnet. Bosworth-Davies (2006b, S. 350 ff.) weist darauf hin, dass dieser Ansatz Schwierigkeiten sowohl rechtlicher als auch praktischer Natur birgt, da es sich bei Geld per definitionem um ein anonymes, standardisiertes, austauschbares und neutrales Medium handelt, welches an sich nicht als legitim oder illegitim erkannt werden kann. Nichtsdestotrotz spiegeln bisherige Anti-Geldwäsche-Maßnahmen in hohem Maße den *„follow-the-money approach“* wider (Bosworth-Davies, 2006b).

⁴² Vijlbrief (2012) betrachtet Formen des *displacement* in der niederländischen organisierten Drogenkriminalität und stellt fest: *„Displacement is not limited to geographical effects. Perpetrators may also shift their activities to completely different types of crime, or even continue to commit the same crime using different methods or means“* (Vijlbrief, 2012, S. 199).

⁴³ Allerdings ist hierbei unklar, ob mit Straftätern diejenigen Personen gemeint sind, die das der Geldwäsche vorgelagerte Delikt begehen, oder die Geldwäscher. Eine gesonderte Betrachtung dieser unterschiedlichen Rollen erfolgt in ihren Ausarbeitungen nicht.

Dieser hat zunächst zum sogenannten „*routine currency transaction reporting*“ (CTR) geführt, bei dem Finanzinstitute und andere Verpflichtete jede Transaktion, die einen gewissen Betrag überschreitet (in den USA, dem Land der Einführung von CTR, belief dieser sich auf \$ 10 000), dokumentieren und den Kunden identifizieren müssen. Diese Kontrollen wurden aber sehr schnell durch das oben beschriebene *Structuring* und *Smurfing* unterlaufen, weshalb dazu übergegangen wurde, sogenannte „*suspicious action reports*“ (SAR) auszufüllen und zwar immer dann, wenn bestimmte Transaktionsmuster als verdächtig im Zusammenhang mit möglicher Geldwäsche wahrgenommen wurden (etwa zahlreiche Einzahlungen genau unterhalb des Grenzwertes).

Nach Levi (1991) und Levi und Gold (1994), die das Zustandekommen von Berichten über verdächtige Transaktionen in Banken untersucht haben, haben die den Bericht initiiierenden Bankangestellten nur sehr selten eine Idee davon, in welche Art von Kriminalität die Kunden verwickelt sein könnten (Levi 2002, S. 186).

Durch die Möglichkeit des Online-Banking können die Angestellten sich auch nicht mehr auf die Wahrnehmung verdächtiger Kunden in „Face-to-Face“-Situationen stützen. Auch deshalb ist die Annahme eines direkten Zusammenhangs zwischen „predicate offense“ und der Geldwäsche-Tat bei der Bemessung der Schwere der Straftat „Geldwäsche“ mitunter fehlgeleitet. Weitere Schwierigkeiten bei der Definition und vor allem Praktikabilität des Straftatbestands Geldwäsche zeigt Alldridge (2001) auf. Diese beziehen sich vor allem auf die Definition erschwerender und mildernder Umstände sowie auf den Zusammenhang zwischen der kriminellen Vortat und der Geldwäsche und wie in diesem Falle die Begrifflichkeiten der Mithilfe, der Mitschuld, Komplizenschaft etc. gehandhabt und angewandt werden.

Demetis (2010, S. 1) stellt ähnlich wie bereits Gordon (1999) fest: „Despite the continuous efforts against ML, encouraging results have not really been witnessed; prosecutions are scarce, and convictions even scarcer.“ Hieraus leitet sich die Frage nach den Gründen ab. Auch in Deutschland kommt es nur bei einem Bruchteil der Anzeigen wegen Geldwäscheverdacht zur Eröffnung des Hauptverfahrens, und von diesen Verfahren führen wiederum nur sehr wenige zu einer Verurteilung (Vgl. Abschnitt 3.2). Während diese Verteilung von Meldungen, Anklagen und Verurteilungen auch in anderen Deliktbereichen zu finden und in der Kriminologie

als „Trichtermodell“ der Strafverfolgung bekannt ist, kann es zur Beurteilung existierender und der Entwicklung neuer Anti-Geldwäsche-Maßnahmen nützlich sein, zu analysieren, an welchen Stellen und aus welchen Gründen die Verfahren eingestellt wurden.

2.4 Internationalisierung von Geldwäsche

Ein wesentlicher Prozess, der in maßgeblichem Zusammenhang mit der Entwicklung von Anti-Geldwäsche-Regimen auf der Ebene internationaler Politik zu sehen ist, ist die Globalisierung. So stellten die G-8 auf ihrem Treffen 1999 fest, dass Geldwäsche eine der Schattenseiten der Globalisierung sei (Vaithilingam et al. 2009, S. 18). Auch Alldridge (2001; 2008) verweist auf den Entstehungszusammenhang von Anti-Geldwäsche-Gesetzgebung und der Globalisierung der Finanzmärkte: *„Money laundering is the first serious crime whose existence can be directly related to global economic concerns, rather than those of individual jurisdictions. That, more than any other reason, is why its emergence has coincided with globalization.“* (Alldridge, 2001, S. 305; auch Simmons 2000, S. 244; Buchanan 2004, S. 115 f.).

Dies deckt sich mit den spieltheoretischen Ausarbeitungen von Gnutzmann et al. (2010), aus denen u.a. hervorgeht, dass nur international „geöffnete“ Wirtschaften⁴⁴ die dem Staat durch Geldwäsche erwachsenden Kosten als Externalitäten an andere Staaten weitergeben können, was zunächst mitunter Konstellationen wahrscheinlicher macht, in denen Staaten Geldwäsche akzeptieren oder gar unterstützen, da nicht sie selbst, sondern andere Staaten dadurch zu Schaden kommen (Gnutzmann et al., 2010, S. 245, 249).

Geldwäsche kann daher im Sinne Anja Jakobis (2013) auch als ein *„common evil“* (in Analogie zu öffentlichen Gütern) bezeichnet werden, also als eine Last, die sich maßgeblich aus ihrer Übertragbarkeit auf andere Länder erst ergibt.⁴⁵

Auch das Phänomen der Geldwäsche an sich überschreitet meistens nationale Grenzen. So nutzen Geldwäscher bspw. mangelnde internationale Kooperation und Kommunikation im Bereich der Strafverfolgung für effektives Layering und die

⁴⁴ Wie sie im Zuge der Globalisierung geschaffen wurden und werden.

⁴⁵ Vgl. hierzu auch Montani 2011, der Geld und Finanzen als Kollektivgut beschreibt.

wenigsten bekannt gewordenen Geldwäschefälle haben in allen drei Phasen in nur einem Land stattgefunden (Durrieu 2013, S. 36 f.).⁴⁶

Aus diesem Grund kann auch nur durch international einheitliche Standards effektiv gegen Geldwäsche vorgegangen werden, will man das Phänomen an sich bekämpfen. Tut man dies nicht, verlagern sich entsprechende Aktivitäten immer dorthin, wo vergleichsweise geringe Kontrollen vorherrschen: *„Fighting money laundering is like squeezing a balloon – you simply displace the activity to wherever there is the least resistance.“* (Simmons 2000, S. 247).

Beschleunigt und teilweise ermöglicht wurde diese Entwicklung durch technologische Neuerungen im Bereich der Kommunikationstechnik, womit sich der nächste Abschnitt befasst.

2.5 Digitalisierung von Geldwäsche

Da Kriminalität wesentlich sozial ist, das heißt, auf Interaktions- und Definitionsprozessen beruht, vervielfältigen sich mit der Erweiterung des sozialen Raums auf das Internet auch die Möglichkeiten, kriminell zu handeln. Darüber hinaus werden im Rahmen des Internets kontinuierlich neue, zusätzliche Formen des Austauschs von Informationen, Dateien und Geld ermöglicht, sodass neben (weitgehend) anonymen Kommunikationswegen auch neue Zahlungsmethoden und -mittel entstehen, die sowohl legal als auch illegal genutzt werden können: „Nicht nur wir sind online, das Verbrechen ist es auch“ (Schönbohm 2013, S. 28). Diese Möglichkeiten werden also auch von Geldwäschern wahrgenommen.

So mahnt Shipley (2013, S. 411 f.) in seinen an Strafverfolger gerichteten Ratschlägen: *„Money laundering, human trafficking, theft in virtual worlds, and drug dealing in hidden places in the Tor network are all occurring on the Internet. Online gaming environments are increasing [sic] becoming locations where criminal activity is occurring. Additionally, the Bitcoin's emergence was only briefly discussed in this text. Digital and virtual currencies pose unique challenges for law enforcement.“*

Ähnlich weisen bspw. auch Munro (2001) und Tan (2002) auf Risiken hin, die mit anonymen Zahlungsmethoden bzw. Transaktionen ohne face-to-face-Interaktionen⁴⁷ mit Finanzinstituten im Bereich der Geldwäsche einhergehen.

⁴⁶ In zehn der elf von Durrieu analysierten Fälle verlief der Geldwäscheprozess über mindestens zwei unterschiedliche Jurisdiktionen.

Diese Veränderungen haben auch Auswirkungen auf Form und Ausgestaltung von Anti-Geldwäsche-Maßnahmen, die nicht ohne weiteres die neu entwickelten Technologien im Bereich E-Kommerz, Online Banking, online Zahlungsmethoden erfassen können. Probleme gibt es laut einer Studie von Joyce (2001) hauptsächlich im Bereich der Sorgfaltspflicht (sog. „*Due-diligence-Verfahren*“ bspw. der Banken), unter anderem umgesetzt durch das „*know-your-customer*“ und „*know-your-buyer*“-Prinzip. Diese werden auch in Deutschland von den Verpflichteten des Geldwäschegesetzes als kritische Prinzipien gehandhabt. Speziell der einfache, weltweite Zugang, der fehlende Vor-Ort-Kontakt zwischen Kunde und Institut sowie die Geschwindigkeit der elektronischen Transaktionen erschweren die Implementierung dieser Prinzipien (Joyce 2001, S. 146).

Fehlende bzw. mangelhafte Kunden-Identifikation im Internet sieht auch der ehemalige Leiter von Europol, Jürgen Storbeck, als Geldwäscherisiko: „In addition there is the new space for money laundering, namely, the Internet.“ (Joyce 2001, S. 373). Das Internet mit seinen Möglichkeiten entspricht also dem Verschleierungsziel von Geldwäschern und erleichtert vor allem die Platzierungs- und Layeringphase (Schneider et al. 2006, S. 33). Darüber hinaus erleichtert es durch soziale Netzwerke die weltweite Rekrutierung von *Smurfs*. So gibt es etwa Berichte über die Praxis, „*Money Mules*“, also Geldkurier, via Facebook und Twitter oder auch per Massenversand von E-Mails anzuwerben (Ziemann 2010). Im Zusammenhang mit Geldwäsche sehen Ermittler auch die Straftat des Identitätsdiebstahls (Turner 2011, S. 93), die über das Internet vermehrt begangen wird.

Auch ist ein entgegengesetzter Wirkzusammenhang vorstellbar, sodass nicht nur Digitalisierung Geldwäsche fördert, sondern auch umgekehrt Geldwäscher eine Nachfrage für bestimmte Formen der Digitalisierung schaffen und so deren Entwicklung und Angebot anreizen.

Aber das Internet hat nicht nur Auswirkungen auf Handlungsoptionen der Kriminellen, sondern auch auf die Gesetzgebung, vor allem in den Bereichen Vertragsrecht, Verbraucherschutz, Zahlungssysteme und Neukunden (Joyce 2001, S. 146). Auch die derzeit in Vorbereitung befindliche vierte EU-Richtlinie soll sich u.a. der Internetnutzung für Geldwäschezwecke widmen.

⁴⁷ Munro nennt als Beispiel WAP-fähige Mobiltelefone.

Dabei kann Geldwäsche nicht nur über Finanzinstrumente des World Wide Web, wie etwa Bitcoins oder die im Zusammenhang mit Geldwäsche publik gewordene Online-Währung der Liberty Reserve Bank,⁴⁸ sondern auch im Nichtfinanzsektor stattfinden. Onlineglücksspiele stehen dabei in der aktuellen Diskussion prominent im Vordergrund: „*Theoretically, Internet gambling sites provide excellent opportunities for criminal entrepreneurs to place, layer and integrate illegal funds*” (Banks 2014, S. 71). Dies hängt vor allem mit dem Grad der gebotenen Anonymität bei gleichzeitiger Abwesenheit solcher Kontrollen, wie sie in Finanzinstituten üblich sind, zusammen: „Online casinos market themselves as gambling venues; however, they actually function as anonymous financial account holders.“ (Turner 2011, S. 167). Hierauf wird in den Kapiteln 8 und 9 noch genauer eingegangen. Zunächst folgen eine Darstellung der Geldwäscheprävention in Deutschland, ein Rechtsvergleich mit Italien und den Niederlanden sowie eine Darstellung der Vorgaben der 4. EU-Geldwäscherichtlinie mit besonderem Bezug auf Glücksspiele.

⁴⁸ Siehe z.B. <http://www.zeit.de/digital/internet/2013-05/liberty-reserve-bitcoin-vergleich>.

Das Geldwäscherisiko verschiedener Glücksspielarten

Fiedler, I.; Krumma, I.; Zanconato, U.A.; McCarthy, K.J.;

Reh, E.

2017, XV, 216 S. 15 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-16624-3